

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 26 - Erhalt der Abendschulen -

Dazu sagt die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,  
**Angelika Birk:**

Fraktion im Landtag  
Schleswig-Holstein

Pressesprecherin  
Claudia Jacob

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: [presse@gruene.ltsh.de](mailto:presse@gruene.ltsh.de)

Internet: [www.gruene-landtag-sh.de](http://www.gruene-landtag-sh.de)

**Nr. 265.01 / 28.09.2001**

## Abendschulen:

### Wir brauchen eine zukunftsweisende Lösung

Aufgrund der Notwendigkeit lebenslangen Lernens und der immer höherer Anforderungen, in vielen Berufen, in denen früher der Hauptschulabschluss reichte, ist heute Realschulabschluss oder Abitur Eingangsvoraussetzung. Angesichts des beklagten Fachkräftemangels und sogar Akademikermangels ist der Staat verpflichtet, soviel Angebote als irgend möglich für weiterführende Schulabschlüsse zu machen.

Zukünftig soll und wird es eher mehr als weniger Menschen geben, die sich neben ihrer Berufstätigkeit oder in einer intensiven Phase der Familienarbeit, weiterqualifizieren. Es ist deshalb richtig, dass die Landesregierung mehr Gelegenheiten dafür geschaffen hat, mit verschiedenen Berufsschullaufbahnen auch weiterführende Abschlüsse zu ermöglichen. Diesen Weg gilt es weiterzugehen und bekannter zu machen.

Die "Klux" besteht nun aber darin, dass diese Angebote bisher nicht in den Abendstunden oder am Wochenende liegen. Diese Lücke füllen bisher die Abendgymnasien oder Realschulen - die zwar räumlich und organisatorisch in bestehende Tagesschulen integriert sind, aber dennoch eine eigene didaktische Einrichtung darstellen. Ohne große Werbung erfreuen sie sich einer nach wie vor großen, ja zum teil wachsenden Nachfrage und weisen seit Jahren in etwa gleichbleibende Abschlussquoten auf.

Nachdem früher jahrelang der Unterricht von arbeitslosen LehrerInnen auf Honorarbasis geleistet wurde, die auf ihre Festeinstellung warteten, hat nun der Rechnungshof einige Privilegien der PädagogInnen an den Abendschulen kritisiert. Sowohl ersteres wie auch letzteres gefällt uns nicht. Außerdem ist die Verteilung der Schulstandorte eindeutig eher Westküsten-fern oder Ostküsten-lastig.

Aussagen, die SchülerInnen wären das falsche Klientel, zu jung oder zulange arbeitslos, oder vernachlässigten ihre Anwesenheitspflicht, teilen wir allerdings nicht. Wer freiwillig und ernsthaft trotz langer Berufsarbeitszeit, Schichtdienst, oder Arbeitslosigkeit, sich in den Abendstunden um einen Schulabschluss bemüht, dem sollten keine Steine in den Weg gelegt werden. Nicht von ungefähr sind die weit überwiegende Mehrheit der AbendschülerInnen Frauen - häufig Frauen, die tagsüber von ihrer Familie oder Familie und Beruf voll gefordert werden.

Die Organisationsform des bisherigen Angebots auf den Prüfstand zu stellen, die engere Angliederung an Berufsschulen zu planen, mehr regionale und moderne Angebote zu schaffen, dazu stehen wir, nicht aber zur vollständigen Abschaffung eines kostenlosen Angebots.

Der Verweis auf Volkshochschulen oder private Anbieter als Ideallösung - und damit eine Lösung zum Nulltarif für das Land - wirft Fragen auf: Nur in Wedel und Norderstedt wird der Realschulabschluss bei der Volkshochschule angeboten und die Einrichtung weiterer Angebote würde angesichts der Finanzlage der Volkshochschulen sicher die Kommunen auf den Plan rufen, die hierfür vom Land Zuschüssen verlangen.

Außerdem wären für nicht wenige AbendschülerInnen Gebühren eine unüberwindbare Hürde. Gerade diese Weiterbildungswilligen kommen nicht aus begüterten Verhältnissen. Warum soll gerade diesen SchülerInnen das verwehrt werden, was andere junge Menschen selbstverständlich kostenlos erhalten, nämlich das Recht auf einen kostenlosen Schulbesuch über die Pflichtschuljahre hinaus, um den Realabschluss oder das Abitur zu erwerben? Auch wenn wir an die Weiterbildungsangebote des Arbeitsamtes denken, gibt es Ungerechtigkeiten. Warum werden diese finanziert, nachgeholt Schulabschlüsse aber nicht.

Warum unterstützen wir dann nicht den Antrag der CDU? Er ist gut gemeint, aber schlampig formuliert. Bisher ist das staatliche Angebot der Abendschulen leider noch nicht flächendeckend, wie der Antrag suggeriert und die Abendschulen allein sind auch nicht der Garant für die Durchlässigkeit des gegliederten Schulwesens. Glücklicherweise gibt es noch ein paar andere Garantien.

Wir erwarten vom Bildungsministerium ein neues zukunftsweisendes Konzept für berufsbegleitendes Lernen, das auch Angebote macht für diejenigen, die nur am Abend oder am Wochenende zur Schule gehen können und wir wollen dieses Konzept im November, rechtzeitig vor den Haushaltsberatungen, hier im Landtag beraten.

\*\*\*